

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Silvesternacht 2017: Keine Toleranz von Angriffen auf und Gewalt gegenüber unseren Einsatzkräften

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

In der Silvesternacht 2017/2018 kam es zu erschreckenden Angriffen auf Einsatzkräfte. Die Attacken auf Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und weiterer Rettungskräfte setzte sich auch nach dem Jahreswechsel bis heute fort. Angesichts der Angriffe auf und Gewalt gegenüber der Berliner Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte rund um die Silvesternacht 2017/18 wird der Senat aufgefordert, umgehend alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die zuständigen Behörden in die Lage zu versetzen, in Zukunft mit aller Härte gegen solche Straftäter vorzugehen, die Einsatzkräfte zu schützen und die geltenden Gesetze durchzusetzen.

Neben der konsequenten Anwendung der erst jüngst aufgrund ähnlicher Vorfälle geänderten §§ 113 ff StGB, insbesondere der Ahndung tätlicher Angriffe auf Vollstreckungsbeamte im Sinne des § 114 StGB, bedeutet dies zudem, geeignete Sicherheitskonzepte und Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, die Kooperation zwischen Rettungskräften und Polizei zu verbessern und von Attacken und Pöbeleien betroffenen Einsatzkräften den Meldeweg zu erleichtern. Dazu sind in allen Fällen seitens der Dienstbehörden Anzeigen zu erstatten auch mit dem Ziel, Haftbefehle zu erwirken, um sicherzustellen, dass die Tataufklärung nicht verdunkelt oder sonst behindert wird. Ziel muss es sein, dass die Straftäter schnell und konsequent abgeurteilt werden. Strafe, die kurzfristig auf die Tat folgt, ist ein wirksames Mittel gegen Folgetaten und Trittbrettfahrer und bringt den Rettungskräften den notwendigen Respekt entgegen.

Begründung:

Die Bediensteten der Berliner Polizei und Feuerwehr haben zusammen mit den Hilfsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk dafür gesorgt, dass die Berliner Bürger und tausende Touristen auch dieses Jahr wieder ein friedliches und sicheres Silvester in unserer Stadt feiern konnten. Umso erschrockener sind wir über die massive Gewalt und die Angriffe, die auf unsere Einsatzkräfte rund um die Silvesternacht erfolgt sind. Die Berliner Polizei hat während der Silvesternacht allein acht direkte Angriffe auf Einsatzkräfte und 54 Angriffe auf Einsatzfahrzeuge mit erheblichen Sachschäden gezählt. Im Stadtteil Mitte wurde ein Rettungswagen angegriffen, die Polizei fand eine Schusswaffe bei einem der Täter. Anderswo richteten sich Faustschläge und Raketen gegen Retter, Feuerwerksbatterien wurden gezielt auf Polizisten geschossen, Böller rissen Löcher in Einsatzfahrzeuge. Laut der im Bund erhobenen Polizeilichen Kriminalstatistik ist die Gewalt gegen Einsatzkräfte bundesweit in den vergangenen fünf Jahren stetig angestiegen. Allein in Nordrhein-Westfalen ist im letzten Jahr laut einer aktuellen Studie der Ruhr Universität Bochum jeder achte Retter Opfer körperlicher Gewalt geworden. Wenn jetzt der Landesbranddirektor der Berliner Feuerwehr davon spricht, dass dies eine Aggressivität sei, die man in den letzten Jahren auch in Berlin noch nicht erlebt habe, dann muss dies ein klares Warnsignal für alle Verantwortlichen sein.

Die dazu bisher getätigten schwammigen Allgemeinplätze des geschäftsführenden Bundesjustizministers Heiko Maas trugen dem Ernst der Lage in keiner Weise Rechnung. Es ist jetzt die Pflicht der SPD-geführten Berliner Landesregierung, konkret zu werden: Sie muss endlich die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die zuständigen Behörden in die Lage zu versetzen, in Zukunft mit aller Härte gegen solche Straftäter vorzugehen, die Einsatzkräfte zu schützen und die geltenden Gesetze durchzusetzen. Vor allem bedeutet dies die konsequente Anwendung der erst jüngst aufgrund ähnlicher Vorfälle geänderten §§ 113 ff StGB. Aber auch eine Verbesserung der Sicherheitskonzepte, die eine effizientere Zusammenarbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften ermöglichen, muss verstärkt in den Fokus gerückt werden. Zudem muss es den Einsatzkräften leichter gemacht werden, Angriffe, Pöbeleien und Beschimpfungen während der Einsätze ohne komplizierte Meldewege zu Protokoll zu geben und diese sodann einheitlich zu erfassen.

Polizisten und Feuerwehrleute gehen hohe Risiken ein, um uns alle zu schützen. Das Land Berlin muss daher jetzt alles dafür tun, damit den Berliner Einsatzkräften der ihnen gebührende Respekt durch den Bürger wieder entgegengebracht wird. Neben einer besseren Bezahlung bedeutet dies auch Verbesserungen der Präventionsmaßnahmen wie z. B. verstärktes Deeskalationstraining und mehr Selbstverteidigungskurse für die Einsatzkräfte. Nur so werden auch endlich wieder ausreichend geeignete Bewerber ermutigt werden, sich in den Dienst des Landes Berlin zu stellen.

Den Chaoten der Silvesternacht und allen anderen, die sinnlos Gewalt gegenüber Einsatzkräften ausüben, muss endlich unmissverständlich klar gemacht werden, dass nur diejenigen Platz in unserer Gesellschaft haben, die sich zu dem dahinter stehenden Rechtsstaat bekennen. Alles andere gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit nicht zuletzt unsere Demokratie als solches.

Berlin, 9. Januar 2018

Graf Melzer Trapp Dregger Rissmann
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU